

**Statement der Fraktionsvorsitzenden der
SPD-Landtagsfraktion,**

Hannelore Kraft,

**zur Pressekonferenz
"Ein Jahr Schwarz-Gelb"
am 16. Mai 2006**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Ministerpräsident Rüttgers hat den enormen Vertrauensbonus, den er bei der Landtagswahl 2005 erhalten hat, weitgehend verspielt. Viele Menschen sind zu Recht enttäuscht nach einem Jahr Schwarz-Gelb in NRW.

CDU und FDP sind bis heute nicht in der Regierung angekommen. Auch ein Jahr nach der Landtagswahl sind haarsträubende handwerkliche Fehler, mangelnde politische Vorbereitung und Koordination an der Tagesordnung. Als Koalition der Eintracht gestartet präsentiert sich das schwarz-gelbe Regierungsbündnis in Wahrheit als Koalition der Zwietracht: Etwa bei den Verhandlungen über Nachbesserungen am Haushalt oder ganz aktuell der Reform der Gemeindeordnung. Für eine von allen erkennbar unsinnige Polizeireform wurden die massiven Bedenken auch der CDU-Fachleute auch vor Ort übergangen und die CDU-Fraktion zum Schweigen verdonnert. Sie müssen gute Miene zu bösem Spiel zu machen, um einen schwachen Innenminister Wolf vor dem politischen Ende zu bewahren.

In der Schulpolitik als einem der zentralen Feld der Landespolitik schlägt die Regierung Rüttgers die Betroffenen, Lehrer, Eltern und Schüler, mit einem neuen Schulgesetz vor den Kopf, dass gegen den Rat fast aller Experten durchgepeitscht wird. Sechs Anhörungen, in denen durchweg massive Kritik geübt wurde, sind Beleg einer falschen Schulpolitik rückwärts in die 50er Jahre.

In der Beschäftigungspolitik hat die Regierung Rüttgers keine wirklichen Erfolge vorzuweisen. Im Gegenteil: Die Zahl der Arbeitslosen liegt leider immer noch über einer Million. Und schlimmer: NRW fällt in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Bundestrend und fast allen anderen Bundesländern weiter zurück. Von März 2005 bis März 2006 ist in NRW die Arbeitslosigkeit nur um 2,7 Prozent zurückgegangen. Der Schnitt der Bundesländer lag bei 5,5 Prozent, Baden-Württemberg bei 4,8, Bayern bei 7,8 Prozent. Nur Hessen und Hamburg waren schlechter als Nordrhein-Westfalen. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verliert NRW unter der Regierung Rüttgers den Anschluss.

Eine alarmierende Entwicklung verzeichnet NRW unter schwarz-gelber Führung bei der Ausbildung. Im April 2006 waren es 4,9 Prozent Ausbildungsplätze weniger als noch

vor einem Jahr. Gleichzeitig ist die Bewerberzahl um 8,7 Prozent gestiegen. Während sich frühere Ministerpräsidenten und Arbeitsminister persönlich und unermüdlich um die Einhaltung des Ausbildungspakts gekümmert haben, gilt hier bei Rüttgers und Laumann Fehlanzeige.

Mit Entsetzen und Empörung mussten die Menschen den Wortbruch der Regierung Rüttgers insbesondere bei der Jugendpolitik zur Kenntnis nehmen. Vor allem der Ministerpräsident persönlich, aber auch die Regierungsfractionen CDU und FDP, standen im Wort, den Landesjugendplan wieder um 21 Millionen Euro auf die gesetzlich festgeschriebenen 96 Millionen Euro heraufzusetzen. Eine halbe Million Menschen haben inzwischen mit ihrer Unterschrift unter die beiden Volksinitiativen deutlich gemacht, dass sie eine unsoziale Kürzungspolitik gegen die Menschen in diesem Land ablehnen. Doch mit ihrer Politik ohne Herz und Verstand wischt die Landesregierung den Bürgerwillen vom Tisch.

Die Regierung Rüttgers macht auch weiterhin die Kleinsten zu den größten Verlierern im Landeshaushalt. Trotz des Trostpflasters bei den Kindergarten-Kürzungen bleibt es dabei: Im Schnitt erhält jeder Kindergarten in NRW rechnerisch in diesem Jahr über 17.000 Euro weniger. Und wir alle erinnern uns an die Neujahrsansprache, in der Ministerpräsident Rüttgers das Jahr 2006 zum "Jahr der Kinder" ausgerufen hat. In Wahrheit macht Jürgen Rüttgers aber Politik gegen Kinder im Jahr der Kinder!

Und um dies deutlich zu sagen: Bei 496 Millionen Euro Steuereinnahmen mehr in diesem Jahr hat die Regierung Rüttgers noch nicht einmal 21 Millionen Euro zusätzlich für den Landesjugendplan übrig.

Manche Entscheidungen wie die Einführung von Studiengebühren sind und bleiben falsch, weil sie die Chancengerechtigkeit vieler junger Menschen verschlechtern. Und sie werden mit falschen Versprechungen wie einer nicht existierenden "Geld-zurück-Garantie" durchgepeitscht. Auch hier sprechen die Proteste der jungen Menschen in diesem Land - und heute vor dem Landtag - sprechen eine klare Sprache des Widerstands gegen diese Politik ohne Sinn und Verstand.

Bei anderen zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages wie der Verwaltungsreform fehlt jedes Konzept. Es werden einfach neue Türschilder aufgehängt. Es ist schon eine

besondere Form von verdrehter Logik, dass vor allem die Bezirksregierungen - ohne Prüfung - neue Aufgaben übernehmen müssen, obwohl sie im nächsten Schritt selbst aufgelöst werden sollen. Schilda lässt grüßen.

Viele Erfolge, die sich der Ministerpräsident nun selbst aufs Konto schreibt, sind seit langem geplante Investitionsentscheidungen von NRW-Unternehmen wie etwa das Kraftwerkserneuerungsprogramm und die Polypropylen-Pipeline, die schon unter der alten rot-grünen Landesregierung entscheidungsreif vorbereitet worden waren.

Als größtes Manko der gesamten Landesregierung erweist sich aber zunehmend die Führungsschwäche und der Mangel an politischer Abstimmung einer durch Intrigen handlungsunfähigen Staatskanzlei. Dies belegt nicht erst die Manipulation am dem Bericht der Bild-Zeitung.

Die Machtzentrale des Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers ist die größte Schwachstelle der CDU/FDP-Regierung. Das lähmt die Arbeit der Landesregierung und das schadet damit dem Land. Die harsche Kritik auch der CDU-Oberbürgermeister im Städtetag richtete sich neben einer falschen Politik, die finanzielle Lasten einseitig den Kommunen zuschiebt, vor allem gegen mangelnde Information und politische Abstimmung mit und in der schwarz-gelben Regierung. Für dieses Chaos in der Staatskanzlei ist der Ministerpräsident verantwortlich. Das ist seine direkte Umgebung und damit auch seine direkte Verantwortung! Dazu kommt: Die Landesregierung hat keinen Einfluss in Berlin und Jürgen Rüttgers keinen in der CDU.

Nach einem Jahr Schwarz-Gelb in NRW bleibt nur ein Fazit: Es war ein verlorenes Jahr für Nordrhein-Westfalen!